

**Musterrede**  
**zum Tag der**  
**Deutschen Einheit**  
**1994**

I.

**A**m 17. Juni 1988 hielt der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts und heutige Bundespräsident Prof. Roman Herzog die Festansprache zum Tag der Deutschen Einheit im Deutschen Bundestag. „Wenn Sie mich fragen“, sagte Roman Herzog damals vor gut sechs Jahren, „für wann ich den gemeinsamen deutschen Staat prognostiziere, dann antworte ich darauf — wie viele von Ihnen — freimütig, daß ich noch nicht einmal weiß, ob es ihn jemals wieder geben wird.“ Und dann fügte der heutige Bundespräsident hinzu: „Aber ich bleibe bei der Hoffnung, daß es ihn geben wird.“

Diese Hoffnung war das Entscheidende. Niemand von uns hat gewußt, wann die Einheit Wirklichkeit werden würde. Aber sie konnte überhaupt nur gelingen, weil Deutsche in Ost und West nie aufgehört haben, daran zu glauben und dafür zu arbeiten. Und niemand hat stärker dafür gearbeitet als die Union.

Vor knapp fünf Jahren fiel die Mauer, die Deutschland — sichtbar für die ganze Welt — gewaltsam geteilt hatte. Die Hoffnung hatte gesiegt. Die Freude in Ost und West war überwältigend, weltweit nahm man Anteil an diesem Triumph der Freiheit für alle Deutschen.

Seit dem 3. Oktober 1990 sind wir in Ost und West auch staatlich wiedervereint. Es ist nicht verwunderlich, daß dieses große Ereignis nach dem Empfinden vieler schon weit zurückliegt; denn wir leben in einer Zeit voller Veränderungen, in der ein Geschehen das andere schnell überlagert. Um so mehr bietet dieser 3. Oktober einen würdigen Anlaß, uns daran zu erinnern, welches Glück wir Deutschen in den vergangenen vier Jahren hatten.

Die friedliche Revolution der Menschen im Osten Deutschlands brachte alles ins Rollen. Sie war Teil eines gewaltigen historischen Umbruchs: Wir übersehen heute allzu häufig, daß auf unserem Kontinent ein ganzes Imperium zusammengestürzt ist. Überall sind Grenzzäune gefallen, die alte Sowjetunion ist auseinandergebrochen. Millionen Menschen standen in einem gemeinsamen Wunsch zusammen: sich aus dem Zwangsgriff des Kommunismus zu befreien.

Europa ist nicht mehr geteilt, wir leben nicht mehr im eisigen Schatten des Kalten Krieges. Aber der „ewige Frieden“ herrscht auch in Europa noch nicht. Neue Probleme, neue Konflikte sind aufgebrochen — und manchmal sind es die alten. Wir können fast täglich die Nachrichten über die Grenzkonflikte im Osten Europas verfolgen; und seit mehr als drei Jahren schockieren uns die Kriegsbilder aus dem ehemaligen Jugoslawien. Noch immer werden auf unse-

rem Kontinent Menschenrechte mit Füßen getreten. Es erscheint im Blick zurück fast wie ein Wunder, daß vor diesem Hintergrund in unserem Land eine friedliche Revolution gelang. Wir tun gut daran, dies nie zu vergessen.

**Die Wiedervereinigung Deutschlands ist Wirklichkeit geworden ohne Gewalt, ohne Blutvergießen und mit der Zustimmung aller unserer Nachbarn, Partner und Freunde. Sie ist ein einmaliger Glücksfall der Geschichte. Dies ist und bleibt ein Grund zur Freude, zum Stolz, aber auch zur Dankbarkeit für uns alle.**

Das Schicksal des geteilten Deutschland galt in der Welt über Jahrzehnte hin als Sinnbild für den Ost-West-Konflikt. Vor wenigen Wochen haben wir in Deutschland nun ebenfalls sinnbildlich den glücklichen Schlußpunkt der europäischen Nachkriegsgeschichte gesetzt. Mit dem Abzug der letzten russischen Truppen und der Verabschiedung der Amerikaner, Briten und Franzosen hat Deutschland auch symbolisch seine volle Souveränität zurückerlangt. Seien wir ehrlich: Wer hätte heute vor fünf Jahren in Ost oder West geglaubt, daß 1994 russische Soldaten an deutschen Zuschauern vorbeimarschieren und dazu auf Deutsch singen würden:

***„Deutschland, wir reichen Dir die Hand  
und kehren zurück ins Vaterland.“***

Hätte das vor 1989 jemand laut zu träumen gewagt, im Osten Deutschlands hätte man ihn wohl verhaftet. Und in der alten Bundesrepublik wäre er wahrscheinlich für verrückt erklärt worden.

Die mutigen Männer und Frauen im Osten Deutschlands haben mit ihrer friedlichen Revolution die Diktatur zu Fall gebracht. Ohne sie wäre die Einheit nicht möglich gewesen. Aber sie waren auch deshalb erfolgreich, weil sie wußten: Wir sind nicht allein.

Als die Chance zur Einheit kam, hat die CDU mit Helmut Kohl an der Spitze nicht gezögert. Wir haben den Ruf unserer Landsleute in der ehemaligen DDR aufgenommen und die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit durchgesetzt. Wir haben entschlossen gehandelt, und wir haben Erfolg gehabt. Die CDU war, ist und bleibt die Partei der Einheit. Daran können wir am vierten Jahrestag der Wiedervereinigung mit Stolz erinnern. Der deutsche Philosoph Karl Jaspers hat in der Nachkriegszeit gesagt, für Deutschland gebe es nur die Alternative: Freiheit oder Wiedervereinigung. Wir haben beides zusammen gewonnen. Vier Jahre nach der Wiedervereinigung dürfen wir nicht vergessen, wie kostbar das Gut der Einheit in Freiheit ist.

## II.

**D**ie Herausforderungen in den ersten vier Jahren nach der Einheit waren gewaltig. Darum war es umso wichtiger, ohne Zögern an die Arbeit zu gehen. Das ist nicht ohne Probleme abgegangen: Schließlich gibt es für die Wiedervereinigung nirgendwo auf der Welt ein Vorbild. Weder in der Praxis, noch in der Theorie. Suchen Sie einmal in Fachbibliotheken der Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaft oder Verwaltungswissenschaft nach einem Buch, das die Umwandlung von maroder Planwirtschaft in Soziale Marktwirtschaft behandelt, — am besten von heute auf morgen. Bücher, wie man Kapitalismus in Sozialismus verdreht, gibt es hingegen zuhauf.

Darum konnte es nicht ausbleiben, daß in den zurückliegenden Jahren Fehler gemacht wurden. Nur wer nichts tut, begeht keine Fehler. Vor allem haben wir uns verschätzt, wie ungeheuer die Schäden sind, die das SED-Regime hinterlassen hat.

Damit stehen wir nicht allein. Selbst die führenden Konjunkturforschungsinstitute haben daneben gelegen.

**Heute wissen wir:** Die DDR war nicht das elftgrößte Industrieland der Welt, wie Oskar Lafontaine noch im März 1990 behauptete. Die DDR besaß auch kein Volksvermögen von 1.200 Milliarden Mark, wie der ehemalige Ministerpräsident und heutige PDS-Ehrendirektor Modrow damals angab; und sie hatte auch kein Plus von 400 Milliarden Mark, wie noch im Frühjahr 1990 die erste freigewählte Regierung der DDR schätzte.

**Nein:** Die SED hatte eine ganze Volkswirtschaft radikal auf Verschleiß gefahren, Maschinenparks verrotten, Gebäude verfallen und die Infrastruktur brachliegen lassen. Sie hatte Natur und Umwelt ohne Rücksicht auf die Menschen zerstört. 400 Milliarden Mark Schulden — so lautet die Schlußbilanz der SED-Wirtschaft.

Die SED hat die Landschaften zwischen Rügen und Erzgebirge wirtschaftlich und ökologisch ruiniert — die Menschen bauen sie mit der Unterstützung der Union wieder auf. Das ist die Realität.

In vierzig Jahren Sozialismus hatte der SED-Apparat Politik nicht für die Menschen, sondern auf deren Rücken gemacht. Wer heute in West oder Ost Stimmung gegen die schwierige Aufbauarbeit schürt, hat entweder diese Ausgangslage verdrängt — oder er will sie aus ideologischen Gründen nicht wahrhaben.

Der französische Historiker Joseph Rovon, ein Freund und genauer Kenner unseres Landes, hat von den zwei unterschiedlichen Illusionen der Deutschen in Ost und West im Zusammenhang mit der Einheit gesprochen. Im Osten, so sagt er, gab es bei vielen die Erwartung, daß alles **sofort** besser wird. Und im Westen, so lautet seine These, glaubten viele, alles bleibe beim Alten.

Der Prozeß der Inneren Einheit wird länger dauern, als wir es angenommen haben; wir können auch nicht ausschließen, daß es Rückschläge gibt. Aber das Ergebnis lohnt alle Anstrengungen. Der Bundeskanzler hat 1990 gesagt: Keinem wird es schlechter, vielen wird es besser gehen. An diesem Satz können wir festhalten. Es geht den Menschen besser, weil sie frei sind. Es geht ihnen besser, weil niemand mehr auf sie schießt, wenn sie von Thüringen nach Hessen gehen. Wenn früher auf einer politischen Veranstaltung in der DDR jemand in der Ecke stand und mit einem Block mitschrieb, war es mit Sicherheit ein Spitzel von der Stasi. Wenn sich heute jemand Notizen macht, ist es ein Journalist. Wer nicht mehr erkennt, was allein dies für den einzelnen bedeutet, der hat vergessen, was Freiheit heißt. Es war doch gerade auch der Wunsch nach persönlicher Freiheit, der die Menschen 1989 zu Hunderttausenden auf die Straße trieb.

Daß es den Menschen in den neuen Bundesländern besser geht, kann man übrigens nicht nur sehen, man kann es auch spüren und riechen: Vor wenigen Wochen stand eine **kleine** Meldung auf Seite eins einer deutschen Tageszeitung, — ihre Botschaft ist **großartig**.

**Dort stand:** In Bitterfeld, der von der SED mißbrauchten Chemiestadt, können Mütter ihre Babys vier Jahre nach der Einheit jetzt wieder ohne Gefahr stillen. Kein Gift ist mehr in der Luft wie in den Jahrzehnten zuvor. Das sind Nachrichten, bei denen wir uns wenigstens für einen Moment daran erinnern sollten, wie menschenverachtend das SED-Regime mit seinen Bürgern umging — und wie viel an elementaren Verbesserungen bereits geschaffen wurde.

Im Westen dagegen sollten wir gelegentlich daran erinnern, daß die Einheit keineswegs nur mit Transferleistungen verbunden ist — so notwendig diese sind. Die Wirtschaft in den alten Bundesländern hat nach 1990 gewaltig vom Boom der Einheit profitiert. Ich nenne hier als ein Beispiel die Autoindustrie, die unglaubliche Zuwächse erzielen konnte. Nur durch die gestiegene Nachfrage im Osten hatten wir Deutschen das Glück, daß uns die weltweite Rezession später traf als alle unsere westlichen Nachbarn.

In Ost wie in West sollten wir schließlich häufiger davon sprechen, daß die Einheit Deutschlands vor allem eines ist: ein Gewinn, eine Bereicherung für die Menschen — ganz unabhängig von den materiellen Fragen.

### III.

**A**ber auch wirtschaftlich haben wir in den ersten vier Jahren der Einheit viel erreicht — im Osten wie im Westen. Wer hat uns 1990 nicht alles prophezeit, wir würden eine Inflationsrate über 10 Prozent bekommen. Jetzt sinkt die Inflationsrate unter 3 Prozent. Vor allem viele ältere Menschen wissen aus ihrer Erfahrung heraus den Wert einer stabilen DM zu schätzen. Eine niedrige Inflationsrate ist die beste Sozialpolitik, die es gibt. Denn Inflation trifft gerade auch die „kleinen Leute“.

Wir haben nicht nur die DM stabil gehalten. Wir haben

- die Renten gesichert
- die Pflegeversicherung durchgesetzt
- die Krankenkassen saniert
- Bahn und Post privatisiert
- 1,4 Millionen Wohnungen gebaut
- und nicht zuletzt 600.000 Unternehmensgründungen in den neuen Bundesländern vorangebracht.

Das alles wurde geschafft in den ersten vier Jahren nach der deutschen Einheit. Wir haben allen Grund, mit Selbstbewußtsein Bilanz zu ziehen. Gerade an einem solchen Tag können wir ruhig auch einmal über unsere Erfolge für die Deutsche Einheit reden.

Das allerwichtigste ist: Wir haben in einem gemeinsamen Kraftakt die schwere Rezession überwunden. Überall in West und Ost kann man spüren, daß es aufwärts geht. Die Auftragsbücher der Wirtschaft füllen sich. Alle Voraussagen für das Wachstum 1994 und 1995 werden in diesen Tagen nach oben korrigiert. Selbst die größten Kritiker müssen zugeben: Es ist beeindruckend, was sich da tut.

**Dies konnte nur gelingen, weil die Menschen überall in Deutschland mit Engagement, Ideenreichtum und Eigeninitiative zugепackt haben. Es konnte aber nur gelingen, weil wir die politischen Weichen richtig gestellt haben: in Richtung Aufschwung.**

Mit einem starken Aufschwung sichern wir Arbeit für die Menschen. Nur wo Vertrauen in die politische Stabilität herrscht, investiert die Wirtschaft und

schaft damit Arbeitsplätze. Es ist ein wichtiger Erfolg für die Politik der Union, daß im August über 70.000 Menschen zusätzlich Arbeit fanden und die Zahl der Kurzarbeiter um 100.000 zurückging. Mit der Politik der Union konnten in den 80er Jahren schon einmal drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen; der Kurs stimmt.

Im Westen hat der wichtige Strukturwandel in vielen Industriebereichen eingesetzt. Verkrustungen werden aufgebrochen, alte Verfahrensweisen kommen auf den Prüfstand. An vielen Stellen gibt es bereits größere Flexibilität. Mercedes-Benz verzichtet auf eine Ebene im Management, in der Chemieindustrie verbessern flexible Tarifregelungen die Job-Angebote für junge Fachkräfte. Durch die Teilzeittoffensive der Bundesregierung kommt Bewegung in die Arbeitsplatzmodelle vieler Unternehmen — das sind gute Nachrichten für unsere Zukunft.

Zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen vor allem durch Innovation. Zukunfts- und Fortschrittsfeindlichkeit können wir uns nicht leisten. Wir brauchen das klare Ja zu modernen Zukunftstechnologien. Das Hauptkapital der Deutschen ist die gute Bildung und Ausbildung, unser modernes Know-how. Ein Blick auf den heimischen Patentmarkt beweist: Wir haben in Deutschland wieder begonnen, dieses Kapital gewinnbringend einzusetzen. Über 1.800 neue Erfindungen wurden im letzten Jahr bei uns zum Patent angemeldet.

Im Feld der Zukunftstechnologie ist die moderne Magnetschwebbahn „Transrapid“ das wichtigste Beispiel dafür, daß Deutschland wieder ganz an die Spitze gelangen kann. Das ist der richtige Weg: Nicht jammern auf hohem Niveau, sondern uns auf unsere Stärken besinnen, dann schaffen wir es. Die ersten wichtigen Schritte dazu sind bereits getan.

Dazu gehört nicht zuletzt, daß wir begonnen haben, das Bürokratie- und Regelungsdickicht, das in 40 Jahren der alten Bundesrepublik gewachsen ist, kräftig durchzuforsten. Der Staat muß das Komplizierte vereinfachen und nicht das Einfache verkomplizieren. Gerade im Baurecht gibt es bereits beachtliche Erfolge. An vielen Stellen sind die Genehmigungsvorschriften inzwischen drastisch reduziert. Inzwischen wird in jeder Minute in Deutschland eine Wohnung fertiggestellt: Das ist der konkrete Beweis dafür, was das abstrakte Wort von der „Deregulierung“ für die Menschen in der praktischen Anwendung bedeutet.

Vieles liegt hier in der Kompetenz der Länder. Doch wo er kann, geht der Bund mit gutem Beispiel voran: In den vergangenen vier Jahren ist die Bürokratie um 13.000 Stellen verringert worden. Dieselbe Stoßrichtung zeigt sich bei den Sub-

ventionen: Hier hat der Bund in den letzten vier Jahren insgesamt 41,5 Milliarden Mark eingespart.

All diese Erfolge können letztlich nur gelingen, weil die überwiegende Mehrzahl der Menschen in Ost und West entschlossen und optimistisch anpackt. Sie alle haben heute Grund zu feiern: Der 3. Oktober ist ein Tag der Mutigen und nicht der Miesmacher. In ganz Deutschland können wir stolz sein auf das, was wir schon erreicht haben. Ein chinesisches Sprichwort sagt: Auch die längste Reise beginnt mit einem ersten Schritt.

**Gemeinsam mit der Union sind die Menschen in Deutschland vor vier Jahren mutig aufgebrochen. Längst sind wir beim zweiten, dritten, vierten Schritt. Und jeder, der mitgeht, spürt: Deutschland, wir packen's!**

Das gilt ganz besonders für die Aufbauleistungen in den neuen Ländern. Jeder von uns weiß um die ungeheuren Probleme, die der gescheiterte Sozialismus hinterlassen hat. Viele Menschen mußten ihr Leben — fast von heute auf morgen — völlig umstellen. Und trotz aller Schwierigkeiten haben sie Gewaltiges geleistet. Sie haben hart dafür gearbeitet, daß es gerade auch im Osten aufwärts geht. Sie verdienen unsere Hochachtung und unseren Respekt. Dies gilt ebenso für alle im Westen, die mit ihrem Einsatz und manchem Verzicht dazu beitragen, daß wir gemeinsam vorankommen.

#### IV.

**D**er Aufschwung ist kein Geschenk des Himmels. Er ist das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen und einer erfolgreichen Politik für die Zukunft unseres Landes. Es hängt jetzt alles davon ab, daß wir in Deutschland die Aufschwungkräfte stützen und weiter verstärken. Wir müssen in der Wirtschaft, aber auch in unserer Gesellschaft die Weichen auf Zukunft stellen. Dazu gehört auch, daß wir den Sozialstaat auf die veränderten Bedingungen einstellen. Fleiß und Solidarität sind die Grundlagen für den Reichtum unseres Landes. Wenn wir sozialen Fortschritt auch in Zukunft möglich machen wollen, müssen wir uns wieder stärker auf den Zusammenhang dieser Tugenden besinnen.

Wir müssen klarmachen, daß Solidarität nicht bedeutet, mit möglichst wenig Einsatz möglichst viel für sich selbst herauszuschlagen. Vom amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln stammt der Satz: „Ihr könnt den Menschen nie

auf Dauer helfen, wenn ihr für sie tut, was sie selber für sich tun sollten und könnten.“ Er erweist sich auch nach über 100 Jahren als richtig.

Darum bekämpft die Union auch mit aller Kraft den Mißbrauch des Sozialstaats. Wir schützen damit diejenigen, die wirklich unsere Unterstützung brauchen. In den fetten Jahren hat sich da manche Unart eingeschlichen. In Zeiten knapper Kassen ist eine entschiedene Bekämpfung des Mißbrauchs eine Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Sozialstaats — und nicht dessen Bedrohung.

Wirtschaftliche und soziale Aufgaben stehen im Vordergrund. Sie sind aber längst nicht alles. Das Zusammenwachsen der Deutschen als eine Nation muß sich gerade auch im Geistig-Kulturellen verwirklichen. Die Statuen der deutschen Nationaldichter Goethe und Schiller standen und stehen an ihren Lebens- und Wirkungsstätten in West und Ost: in Frankfurt am Main, in Marbach bei Stuttgart und im sächsischen Weimar.

Sie stehen symbolisch für unser gemeinsames kulturelles Erbe, das jene menschlichen Tugenden in Deutschland mit ausgeprägt hat, die jede Trennung überdauert haben: das Streben nach Freiheit, den Sinn für Gerechtigkeit und die Verantwortung füreinander. Viele tausend Familien, die durch Mauer, Stacheldraht und Indoktrination getrennt wurden, haben vorgelebt, daß diese gemeinsamen Werte das stärkste Band der Deutschen sind.

Die einigende Kraft dieses kulturellen Erbes darf uns darum in dieser Phase des Aufbaus nicht verlorengehen. Wir müssen noch stärker aufeinander zugehen, dürfen nicht zuerst nach den Unterschieden suchen, sondern den Blick auf das Verbindende lenken.

Wir brauchen eine Rückbesinnung auf das, was uns vereint: auf gemeinsame Werte und Tugenden, vor allem auf unsere gemeinsame Verantwortung. Dabei müssen wir das Bewußtsein schärfen für den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung:

- Wir brauchen die Verantwortung des einzelnen für die Gemeinschaft.
- Wir brauchen zweitens die Verantwortung der Menschen in Ost und West füreinander; dazu gehören noch mehr Offenheit und Verständnis, als wir es bislang haben.
- Und wir brauchen drittens die Verantwortung des ganzen wiedervereinten Deutschland für den Schutz des Friedens in der Welt.

Diese dreifache Verantwortung, im Innern wie nach außen, bildet den Rahmen für die Gestaltung unserer Nation. Wenn heute ein neues Nationalbewußtsein

des wiedervereinten Deutschland heranwächst, dann folgt es diesem Leitbegriff der Verantwortung. Das ist der Grund, warum wir Deutschen heute vier Jahre nach der Einheit in einem zusammenwachsenden Europa ein verlässlicher Freund im Westen und zugleich einer der begehrtesten Partner des Ostens sind. Darüber können wir uns gerade an diesem Nationalfeiertag sehr freuen. Ein vereintes Deutschland als ein Partner des Friedens und der Verständigung: Darauf können wir stolz sein.

Der Schriftsteller Martin Walsert hat vor einigen Jahren geschrieben, eine gewisse Identifizierung mit dem Volk, in das man hineingeboren ist, gehöre zu den natürlichen Bedürfnissen und Regungen der meisten Menschen, und es sei für sie daher eben nicht gleichgültig, wie dieses Volk dasteht und wie es seinen Menschen in den verschiedenen Teilen geht. — An diesen Begriff von Nation können wir heute selbstbewußt anknüpfen. In ihm schwingt die emotionale Verbundenheit zur Heimat ebenso mit wie die Verantwortung gegenüber dem Nächsten. Da ist nichts von Säbelrasseln oder Großmachtstreben. Im Gegenteil: Nur wer sich selbst annimmt, kann auch andere gelten lassen. Die Freude über das wiedervereinte Vaterland ist deshalb nur zu einem Teil ein politisches Ereignis; sie ist vor allem zutiefst menschlicher Natur.

So ist es auch mit unserem Nationalfeiertag. Wir verstehen ihn nicht nur als Gedenken an ein historisches Ereignis. Er ist für uns Ausdruck eines natürlichen Grundgefühls. Indem wir den 3. Oktober feiern, sagen wir öffentlich: Ja, wir wollen als Deutsche zusammenstehen in einer Nation. Wir bekennen uns zu diesem Staat mit seiner freiheitlichen Ordnung.

**Mehr noch: Wir lieben Deutschland als unsere Heimat. Und gerade deshalb werden wir dafür sorgen, daß die Liebe zum Vaterland nie wieder von der Liebe zur Freiheit und von der Liebe zum Frieden getrennt wird.**

An diesem 3. Oktober haben wir Grund, stolz zu sein auf unser Land: auf die Einheit und die Freiheit, die wir genießen, auf die politische Stabilität, auf die weltoffene Gesinnung, auf die wirtschaftlichen Erfolge, auf unser soziales Netz und auf die Aufbauleistungen im Osten und die Erneuerungskraft im Westen.

## V.

Um so mehr kommt es nun darauf an, diese erfolgreiche Entwicklung nicht zu gefährden. Seit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ist klar, daß wir am 16. Oktober vor einer Richtungswahl von dramatischer Bedeutung stehen.

Entschieden wird bei der Bundestagswahl darüber,

- ob unser Land unter dem Einfluß von SPD, Grünen und kommunistischer PDS nach links abdriftet und in eine andere Republik verwandelt wird, oder
- ob wir Deutschen unserem Weg der politischen Mitte treu bleiben und unter Führung von Helmut Kohl weiter in eine sichere Zukunft gehen.

**„Sicher in die Zukunft“**: Dafür steht die CDU. Zusammen mit den Menschen in Ost und West können wir stolz darauf sein, was wir in den vergangenen Jahren bereits erreicht haben. Gemeinsam mit der überwältigenden Mehrheit aller Deutschen wollen wir keine andere Republik. Nach 40 Jahren Trennung ist Deutschland wieder eine vereinte Nation geworden. Wir wollen nicht, daß aus Deutschland nun ein Nationalpark für rot-grüne Abenteurer wird.

Über 40 Jahre haben die Menschen das Unrechtsregime der SED ertragen müssen, bevor sie ihre Unterdrücker zum Teufel jagen konnten. Wir dürfen nicht zulassen, daß fünf Jahre nach dem Fall der Mauer dieselben roten Kader wieder Einfluß auf die Politik in Deutschland erhalten. Das wäre ein Hohn für alle Opfer der SED-Herrschaft und ein Schlag ins Gesicht jedes Demokraten.

Wir Christliche Demokraten stellen uns mit aller Kraft gegen diese Entwicklung. Kommunisten dürfen — ebenso wie Rechtsradikale — in Deutschland nie wieder an die Macht kommen, auch nicht als tolerierendes Zünglein an der Waage.

**Wir brauchen ein modernes, sozial gerechtes und verlässliches Deutschland. Ein Deutschland, das in der Welt Ansehen und Vertrauen genießt. Ein Deutschland, in dem die Menschen ihre Chancen nutzen können, in dem es eine sichere Zukunft für unsere Familien und die kommenden Generationen gibt.**

Aber wir wollen keinen Staat, der zum internationalen Sicherheitsrisiko wird. Wir wollen nicht, daß die Bundeswehr abgeschafft wird und auch nicht der Bundesgrenzschutz. Wir wollen auch nicht, daß der Aufschwung durch milliarden-

schwere Steuererhöhungen in Gefahr gebracht wird. Und wir wollen nicht, daß Autofahrer 5 Mark für den Liter Benzin zahlen müssen.

Unser Weg der politischen Mitte ist manchmal mühsam und oft mit Anstrengungen verbunden. Aber er ist geradlinig und erfolgreich. Wir werden im Ausland beneidet um unsere politische Stabilität, um unseren Fleiß und unsere Ideen. Und wir profitieren alle von dem Vertrauen, das Helmut Kohl und die Union für Deutschland erworben haben.

All das steht auf dem Spiel. Wenn wir uns heute fragen, auf welchem Weg wir die innere Einheit unseres Landes vollenden wollen, kann es nur eine Antwort geben: Nicht auf dem Sonderweg von Rot-Grün, nicht auf dem Irrweg der alten und neuen Spalter, sondern nur auf dem geradlinigen Weg der politischen Mitte.

Der heutige Nationalfeiertag bietet Gelegenheit zum Rückblick auf das Erreichte. Er ist aber auch ein guter Anlaß für den Blick nach vorn. Für die Zukunft unseres Landes gilt das Wort des französischen Dichters Victor Hugo. Er schrieb: „Die Zukunft hat viele Namen. [...] Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Mutigen ist sie die Chance.“ Für die Union galt und gilt:

**Den Mut haben wir, — nutzen wir die Chance!**